
„Dem automobilen Mittelstand steht das Wasser bis zum Hals“

Der Verband der Automobilindustrie (VDA) fordert von der Bundesregierung zur Eindämmung der massiv gestiegenen Energiekosten. Bereits bei zehn Prozent der Unternehmen ergeben sich bereits jetzt Einschränkungen in der Produktion. Und bei knapp einem Drittel (30 Prozent) stehen Produktionseinschränkungen aktuell zur Diskussion. Das zeigt eine aktuelle Umfrage des VDA unter den Automobilzulieferern (Herstellergruppe III) sowie den Herstellern von Anhängern, Aufbauten und Bussen (Herstellergruppe II) vom 2. bis 9. September 2022.

VDA-Präsidentin Hildegard Müller warnt: „Die Linderung der Symptome reicht in der aktuellen Lage nicht mehr aus. Es gilt die Ursache zu bekämpfen, die Energiekosten müssen runter. Die Angebotsseite muss dringend so weit wie möglich ausgebaut werden. Zudem ist die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum längst überfällig.“

Der Standort Deutschland wird bei den Energiepreisen und Energie-Versorgungssicherheit von 85 Prozent der Unternehmen als international nicht wettbewerbsfähig betrachtet. Das hat auch Auswirkungen auf die Investitionsabsichten. Lediglich drei Prozent der Unternehmen wollen ihre Investitionen in Deutschland erhöhen. Demgegenüber wollen 22 Prozent Investitionen ins Ausland verlagern. 53 Prozent verschieben oder streichen ihre geplanten Investitionen. VDA-Präsidentin Hildegard Müller: „Die Situation gerade der mittelständischen Unternehmen der Automobilindustrie wird immer dramatischer. Das Thema der Energiekosten gehört ganz oben auf die politische Agenda.“

Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des Beirats der Kirchhoff Gruppe, VDA-Vizepräsident und Vorsitzender des VDA-Mittelstandskreises, unterstreicht die schwierige Lage: „Dem automobilen Mittelstand steht gerade das Wasser bis zum Hals. Für viele geht es um die unternehmerische Existenz. Die Unternehmen brauchen jetzt dringend schnelle und unbürokratische Hilfe, sonst werden bald bei vielen Mittelständlern die Lichter ausgehen.“

Nach dem Strompreis, von dem 95 Prozent der Unternehmen angaben, dass er sie aktuell stark (Prozent 28) oder sogar sehr stark (67 Prozent) belastet, stellt der Gaspreis die zweigrößte Herausforderung dar. Für 81 Prozent der Unternehmen ist er eine sehr starke (52 Prozent) oder starke Belastung (29 Prozent). Für mehr als die Hälfte der Unternehmen sind die Energiekosten in diesem Jahr um mindestens 50 Prozent gestiegen, für 41 Prozent der Unternehmen haben sich die Energiekosten sogar mindestens verdoppelt.

Mehr als zwei Drittel aller Unternehmen blicken hinsichtlich der Energiekosten pessimistisch auf das kommende Jahr: Zwei Drittel rechnen für 2023 mit nochmals deutlich höheren Energiekosten.

Über die Preise hinaus zeichnet sich ein weiteres Problem ab: Unternehmen erhalten derzeit mitunter keinen Anschlussvertrag von ihrem Strom- oder Gasversorger. Jedes zehnte Unternehmen ist davon betroffen. Weitere zehn Prozent gaben an, dass Lieferanten ihres Unternehmens keinen Anschlussvertrag erhalten.

Danach befragt, welche Auswirkungen sie auf die Liquidität des Unternehmens in den kommenden Monaten erwarten, antworteten zehn Prozent der Unternehmen, bereits jetzt unter Liquiditätsproblemen zu leiden. Weitere 32 Prozent gehen von anhaltenden, signifikanten Liquiditätsproblemen in den kommenden Monaten aus. Nur jedes fünfte

Unternehmen erwarten keine Auswirkung auf seine Liquidität.

Müller: „Die jüngst von Bundesminister Habeck angekündigte Ausweitung des Energiekostendämpfungsprogramm auf kleine und mittlere Unternehmen ist grundsätzlich richtig, muss aber unbedingt auch die nicht-energieintensiven Unternehmen berücksichtigen, wenn ein Abriss von Wertschöpfungsketten verhindert werden soll. Wer nur die energieintensiven Branchen im Blick hat, agiert kurzsichtig.“ (aum)

Bilder zum Artikel



Hildegard Müller.

Foto: Auto-Medienportal.Net/VDA
